

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

"Aus den Tannen" Fernsprecher
Nr. 11

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erfolg der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückseite 25 Goldpfennige. Abdruck innerhalb 3 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge Anzeigen mit keine Gewähr.

Nr. 189.

Allensteig, Montag den 10. Dezember.

Jahrgang 1923

Die englischen Wahlen.

Trotzdem im englischen Parlament die konservative Mehrheit verhältnismäßig bedeutend gegenüber der in drei Parteien (Asquith-Liberale, Lloyd-George-Liberale, Arbeiterpartei) gespaltenen Opposition war, hat Baldwin die Wahlen vorgenommen, die nun zur Niederlage seiner Partei führten.

In England besteht weder Stichwahl noch Listenwahl, sondern in jedem einzelnen Wahlbezirk entscheidet die relative Mehrheit. Wer die meisten Stimmen erhält, ist gewählt, auch dann, wenn seine Gegner zusammen mehr Stimmen hatten. Dieses Wahlsystem stammt aus der Zeit, in der England noch die volle Wirkung des reinen Zweiparteiensystems hatte: es genügte damals die Bestimmung, daß der Kandidat gewählt sei, der die meisten Stimmen erhalte, um damit meist auch die absolute Mehrheit zu bezeichnen. Seit aber das Zweiparteiensystem durch den Eintritt der Arbeiterpartei in die politische Bewegung erledigt ist, seit gar die Liberalen sich in zwei Gruppen geteilt haben, konnte es sehr leicht vorkommen, daß ein Kandidat siegt, dem eine recht bedeutende Mehrheit von Oppositionsstimmen gegenübersteht. Rechnet man die Wählerzahl noch, dann befähigt allerdings die konservative Partei durchaus nicht die Mehrheit im Lande, sondern nur dank dem Wahlsystem die Mehrheit im Parlament. Aber auch keine der Oppositionsparteien hat die Mehrheit im Lande, sondern nur alle drei zusammen.

Der Wunsch nach Neuwahlen war schon seit Beginn dieses Jahres bei der Opposition sehr stark; in der inneren Politik hat das konservative Kabinett weder die Wohnungsfrage gelöst, die in England fast noch drückender ist als bei uns, noch konnte sie der Arbeitslosigkeit steuern. In der äußeren Politik hat das Kabinett Baldwin zwar den erhofften Energiegewinn nach dem Rücktritt Bonar Law's geschafft, aber nicht einen einzigen praktischen Erfolg, und das merkwürdige Stillstehen vor dem Zusammentritt der Reichskonferenz und die allgemeine Erwartung, mit der ganz England vom eigenen Kabinett weg auf den Liberalen nachstehenden Südafrikaner Staats blickte, mögen als Beweise dafür gelten, daß das Kabinett Baldwin in der letzten Zeit hypochondrische Töne aufwies. Man machte ihm in England den Vorwurf, daß es auf hohem Wege stehen geblieben sei.

Hatte die konservative Regierung dem Liberalen Lloyd George mit Recht vorwerfen müssen, daß er Frankreichs Kontinentalmacht in Versailles mit begründete, so trat Lloyd George jetzt gerade als der Mann auf, der die Sache noch, mit Verweisung auf Genoa, zu retten versucht habe und retten könne. Als diesen Mann hat man ihm bei seiner jetzigen Amerika-Reise köstlich geleiert. Die feindlichen Brüder Asquith und Lloyd Georges haben sich aber versöhnt, und die liberale Partei ging wieder geeint in den Wahlkampf hinein. Baldwin's Parole war die Frage nach Schutz Zoll oder Freihandel, die ja in England immer politisch betont war. Seit die Konservativen in der Reichskonferenz als Lösung der Arbeitslosenfrage eine allbritische Schutz Zollpolitik vorzuschlagen, war für die Liberalen, die traditionellen Freihändler, das Stichwort gegeben. Aber Baldwin's Parole hat verlagert und spielte eine untergeordnete Rolle. Die Außenpolitik wurde gegen Baldwin ausgespielt. Die Folgen sind noch nicht abzusehen. Eine neue Regierung wird kommen.

Der geschlagene Baldwin.

London, 9. Dez. Baldwin erklärte in Worcestershire seinen Wählern, als er sich bei ihnen über seine Wiederwahl bedankte: „Nach dem Stand der Dinge zu urteilen, werde ich eine schwere Zeit durchmachen. Doch habe ich mich nie vor Schwierigkeiten gefürchtet.“ Am Montag wird ein Kabinettsrat einberufen werden. Die konservative Partei dürfte noch im Laufe dieser Woche eine Vollversammlung abhalten. Sicherem Vermögen nach beabsichtigt Baldwin dem König nach Ausgange des für Montag angeetzten Kabinettsrats seine Rücktrittserklärung zu überreichen.

Mac Donald an die Arbeiterschaft Großbritanniens.

London, 9. Dez. Der Arbeitersführer Ramsay Mac Donald hat an die Arbeiter nachstehende Botschaft gerichtet: Dieser Tag muß in der Geschichte der Arbeiterbewegung rot angezeichnet werden. Trotz der entschlossenen und geschickt angelegten Angriffe von allen Seiten ist die Arbeiterpartei in dem Augenblick, in dem ich dieses Wort an euch richte, von der konservativen Mehrheit nur durch 73

Sitze getrennt und sie hat einen der bedeutendsten Vertrauensbeweise erhalten, die je das Land einer Partei gewährte. Die Zukunft hängt noch von dem Gebrauch ab, den die Partei von ihrem Einfluß machen wird.“

Die Rückwirkung auf Frankreich.

Paris, 9. Dez. In Pariser parlamentarischen Kreisen erwartet man als Folge des englischen Wahlausgangs den Rücktritt Poincare's für einen nahen Zeitpunkt. Als Kandidaten für seine Nachfolge werden Barthou und Doumer genannt. Als Minister des Äußeren Senator Jouvenel.

Die amerikanische Lebensmittelanleihe.

Es steht ein amerikanischer Lebensmittelkredit im Betrag von 70 Millionen Dollar in Aussicht. Die Unterhandlungen darüber müssen schon ziemlich weit vorgeschritten sein, da von amerikanischer Seite mitgeteilt wurde, daß Deutschland an die Reparationskommission ein Gesuch richten wollte, damit diese der Lebensmittelanleihe die Priorität (den Vorrang) gewähre. Das entspricht den Bestimmungen des Versailler Vertrages, der die Reparation allen anderen Leistungen Deutschlands und folglich auch dem nötigen Zinsendienst und Abschluß einer solchen Anleihe voranstellt. Die namentliche amerikanische Quelle erklärt nun, daß Amerika diesen Anleiheplan und damit auch das zu erwartende deutsche Gesuch wärmstens unterstütze, und von sich auch dieser Anleihe sogar die Priorität vor den amerikanischen Darlehensforderungen werde. Die Ausbringung der Anleihe soll vom amerikanischen Senat schon so gut wie bewilligt sein und zum Teil von amerikanischen, zum Teil von englischem Privatkapital mit staatlicher Unterstützung Amerikas sichergestellt werden. Die Beteiligung englischen Kapitals wird nun Anlaß geben zu einer interessanten Auseinandersetzung in der Reparationskommission, und einige Pariser Blätter blättern haben schon der Sache vorgegriffen. Sogar der halbsozialistische „Temps“ hat schon Einwände gemacht, und das „Echo de Paris“ erklärt geradezu, Frankreich habe kein Interesse an einer Bewilligung dieser Priorität. Die amerikanische Lebensmittelanleihe, die Deutschland im Jahre 1919 mit Bewilligung der Reparationskommission erhalten habe, also der Hoover-Kredit, habe nur dazu beigetragen, die deutsche Kapitalflucht ins Ausland zu unterstützen. Derart böswillige Kommentare zeigen deutlich, daß Frankreich mit allen Mitteln die Sache sabotieren will, aber es handelt sich dabei um eine Frage, in der die Reparationskommission laut Versailler Vertrag nicht unbedingt einstimmigen Beschluß zu fassen hat. Da aber Amerika offiziell in der Kommission nicht vertreten ist, so müßten England, Italien und Belgien geschlossen stimmen. Die französische Sabotageabsicht hängt ohne Zweifel mit der Besserung der Mark zusammen, die in England von Vätern aller Richtungen begrüßt wird. Sogar ein Vieh-Blatt meint, man sehe, wie Lord Derby in einer Rede gesagt hat, jetzt zum ersten Mal Tageslicht. Ein liberales Blatt hebt hervor, daß die Mark sich mit besonderer Raschheit erhole, sobald auch nur das geringste Anzeichen für eine Besserung der politischen Lage Deutschlands vorliege.

Die Rheinlandfrage.

Berlin, 9. Dez. Das Reichskabinett hat mit dem Ser-Ausschuß des besetzten Gebietes und einem Untersuchungsausschuß des Großen Ausschusses über die rheinische Angelegenheiten beraten. Endgültige Beschlüsse liegen jedoch noch nicht vor. Indessen ist der Standpunkt der Reichsregierung zu einigen Angelegenheiten schon ziemlich fest entschieden. Die amtliche Einführung der Rentenmark im besetzten Gebiet ist nicht beabsichtigt, weil nach den bisherigen Erfahrungen damit zu rechnen ist, daß die französischen Behörden die Rentenmark beibehalten würden. Es soll mit größter Beschleunigung eine Verordnung herausgegeben werden, welche den Gemeinden das Recht einräumt, werbefähiges Notgeld herauszugeben. Ein endgültiger Beschluß über die Frage der rheinischen Goldnotenbank ist verschoben worden, bis die Stellung der rheinisch-westfälischen Wirtschaftskreise und der Stand der Verhandlungen mit den ausländischen Finanzgruppen weiter geklärt ist. Eine wichtige Regelung ist auf dem Gebiet der Finanzierung der rheinischen Gemeinden geplant. Die Reichsanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie die Hälfte der Reichsanteile an der Umsatzsteuer sollen den Gemeinden, in deren Bezirke sie auskommen, als Rassenvorrechte überlassen bleiben. An der Gewerbesteuerreform soll finanziell

keine Unterscheidung mehr gemacht werden zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Nachdem das Abkommen zwischen der Reichs- und den deutschen Industriellen zustande gekommen ist, nachdem weiter das Rainer Abkommen in der Eisenbahnfrage vorliegt, wird die Reichsregierung den neuen Versuch machen, um zu Verhandlungen von Regierung zu Regierung über die politischen und wirtschaftlichen Fragen zu kommen, die zwischen Deutschland und den Alliierten schweben. Sowohl die Reichs- wie die preussische Regierung lehnen jede staatsrechtliche Veränderung des Verhältnisses des besetzten Gebiets zum Reich auf einer anderen Grundlage als der durch die Verfassung vorgesehenen ab.

Neues vom Tage.

Reichsregierung und Preisbildung.

Berlin, 9. Dez. Nachdem in den letzten Tagen eine Befestigung der Papiermark eingetreten ist, zeigt sich in dem starken Preisabschlag auf dem gesamten Warengebiet, wie sehr die Warenpreise durch die Geldentwertungsschläge über das berechnete Maß hinaus erhöht worden waren. Die Reichsregierung wird auch weiterhin ihre ganze Kraft gegen die Willkür in der Preisbildung einsetzen, nachdem die Besserung der Verhältnisse und der Uebergang zur Wertbeständigkeit die Voraussetzungen für den Erfolg des Wirkens erhöht haben.

Abgang der bayerischen Kabinettskriste.

München, 9. Dez. Die bayerische Kabinettskriste ist gelöst, und zwar einfach dadurch, daß man alles beim alten läßt. Man rechnet auf Reichstagswahlen schon für Februar und will dann gleichzeitig in Bayern Landtagswahlen vornehmen. Bis dahin soll laut „Frankf. Bzg.“ das Kabinett Knilling in seiner bisherigen Zusammensetzung die Geschäfte weiterführen.

240 Milliarden geraubt.

Mainz, 9. Dez. Wie die Polizeidirektion in Wiesbaden mitteilt, wurde ein Geldtransport der Reichsbankstelle Wiesbaden von bewaffneten Separatisten überfallen. Es wurden 240 Milliarden Reichsbankgelder in Zweibillionscheinen, deren Nummern noch nicht bekannt sind, geraubt.

Deutscher Reichstag.

Die Entscheidung.

Annahme des Ermächtigungsgesetzes. — Keine Reichstagsauflösung.

Am Samstag nachmittag ist nun mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag — es wurden etwa 6 Stimmen mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz abgegeben — die politische Situation für das Kabinett Raer und damit auch für den Reichstag gerettet. Die 18 fümigen Volksvertreter, die am Donnerstag beinahe das Scheitern des Gesetzes versucht, wurden beigebracht, so noch mehr, so daß von vornherein die Annahme des Gesetzes sicher war. Die Opposition der Deutschen Nationalen, die bereits die Früchte eines kommenden Kampfes in Rechnung stellte, als sie durch ihre Taktik die Auflösung des Reichstags erzwingen wollte, ist gescheitert. Die Wahlzeit wird dem deutschen Volk also noch erspart, und es kann politisch ruhigere Weihnachten erleben, sofern nicht die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes geplanten Zwangs- und Abbauverordnungen eine neue Welle politischer Erregung bringen. Aber das kommende neue Jahr 1924 bringt doch die Wahlen. Der Termin hängt vom Reichstag und Reichspräsidenten ab, die diesmal noch zusammenwirkten, um die Verschiebung herbeizuführen. Das geschah mit teilweise berechtigter Rücksicht auf Rheinland und Ruhrgebiet. Wenn also das Gesetz der Reichstagsauflösung auch gekannt ist, so können doch die innenpolitischen Verhältnisse wie die außenpolitische Lage sich in kurzer Zeit so gestalten, daß der Reichstag bald zusammenzutreten muß. Zunächst ist er bis ins neue Jahr vertagt.

Die Annahme des Gesetzes bedeutet also zunächst wohl eine Entscheidung und zugleich Klärung in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie mitverantwortlich an der Regierung beteiligt ist. Aber die ganzen innenpolitischen Verhältnisse sind nach wie vor gespannt und die weltweite politische Lage kann durch den Wahlsieg der Liberalen und der Arbeiterpartei Englands über die dort herrschende Regierung der Konservativen in kürzester Zeit auf den

berücksichtigten Gebieten neue Konfliktstoffe herbeiführen. Es sei nur an die schwebenden Reparationsverhandlungen an die ungelöste Rheinlandsfrage, das keineswegs gelöste Wohnungsproblem und die damit zusammenhängenden Fragen der Wirtschaft und des Preisabbaus zu denken.

So mag man die Entscheidung des Reichstags als augenblickliche Erleichterung suchen, aber nicht als einen Erfolg von dauernder Bedeutung. Nur regiert Seelig, der Wirtschaftsführer, erst recht mit dem Ausnahmezustand und das Kabinett hat die Vollmacht hierzu, wenn auch ein Ueberwachungsanspruch des Reichstags dafür sorgen wird, daß die Diktatur die parlamentarische Billigung findet.

Berlin, 8. Dez.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Ebe macht Mitteilung von dem Beschluß des Reichstags im Falle einer Auflösung des Reichstags. Darnach sollen auch wenn der Reichstag aufgelöst ist, der Auswärtige Ausschuss und der Ueberwachungsanspruch weiter tags und ihre Mitglieder die Rechte der Abgeordneten behalten.

Abg. v. Graefe (D.Völk.) beantragt, den Bericht des Ausschusses über die Aufhebung seiner Immunität noch heute zu erledigen. Das kann aber nicht geschehen, da die Kommunisten Widerspruch erheben.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung der Vorlage zur Änderung des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit einem deutschnationalen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht. Ebenfalls damit verbunden wird eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Volksentscheid, wonach ein Volksbegehren, das von den Antragsteller selbst nicht weiter verfolgt wird, vom Reichsminister des Innern eingestellt werden kann. In das Reichswahlgesetz soll ein amtlicher Stimmzettel eingeführt werden, der alle zugelassenen Wahlvorschlüsse mit den Namen der ersten vier Bewerber enthält. Der Wähler kann durch Ankreuzen feststellen, welchem Wahlvorschlag er zustimmen will; ferner wird die Anlage ständiger Wahllisten empfohlen.

Abg. Behrle (Bayer. Sp.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss habe auch eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten und der Mitglieder der Landesparlamente empfohlen. Besonders das preussische Parlament sei viel zu groß.

Abg. Schulz-Bronberg (D.natl.) begrüßt die Forderung auf Verminderung der Abgeordnetenzahl, äußert Bedenken gegen den neuen Wahlzettel mit den zahlreichen Namen, die nur Konfusionen stiften und bedauert, daß die Einführung der Wahlpflicht bei den anderen Parteien auf Widerstand gestoßen sei.

Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Es folgte dann die namentliche Schlussabstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Eine Ansprache findet nicht mehr statt. Das Haus ist stark besetzt, nur bei den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen zeigen sich einige Lücken. Die Deutschnationalen bleiben im Saale, beteiligen sich aber an der Abstimmung nicht. Für das Ermächtigungsgesetz stimmen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten. Dagegen stimmen die Kommunisten, der Bayerische Bauernbund, die Deutsch-Völkischen, die Lebchour-Gruppe, der aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossene Hoffmann-Schmargendorf und der Abg. Geisler (bei keiner Fraktion).

Es wurden abgegeben insgesamt 332 Stimmen. Der Präsident stellt fest, daß nicht nur zwei Drittel der Ab-

geordneten anwesend waren, sondern daß sich auch zwei Drittel an der Abstimmung beteiligt haben. Das Ermächtigungsgesetz wurde mit 313 gegen 18 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der Präsident stellte fest, daß die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz erreicht ist.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über das Justiz-Gesetz Herzt (D.natl.) auf Einführung der Wahlpflicht. Der Grundlegende Teil des Antrags wird mit 217 gegen 200 Stimmen bei 6 Enthaltungen in namentlicher Abstimmung angenommen. Dafür stimmten mit den Deutschnationalen die Deutsche Volkspartei, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei. Und die Gesamtabstimmung über den ganzen Antrag Herzt ist namentlich. Diesmal wird der Antrag mit 207 gegen 179 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident Ebe macht darauf aufmerksam, daß der im Ermächtigungsgesetz vorgesehene 15er Ausschuss noch heute gewählt werden muß und noch heute seine konstituierende Sitzung abhalten soll. Auf der Tagesordnung stehen dann zahlreiche Anträge zur Personalabgabenverordnung.

Abg. Haack (Bayer. Sp.) weist darauf hin, daß die Angelegenheit des Beamtenabbaus durch das Ermächtigungsgesetz nun der Entscheidung des Reichstags entzogen und der Reichsregierung und dem 15er-Ausschuss überwiesen sei.

Ein Antrag Dr. Scholz (D.Sp.) auf Schluss der Debatte wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Abg. Tegeler (D.natl.) beantragt, die den Personalabgaben betreffenden Anträge dem Beamtenauschuss zu überweisen.

Vizepräsident Dr. Well weist darauf hin, daß nach dem Ermächtigungsgesetz nur der Rechtsauschuss und der Ueberwachungsanspruch neben dem Auswärtigen Ausschuss bestehen bleiben.

Der Antrag Tegeler wird darauf abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Zehnminutenverordnung über die Regelung der Arbeitszeit usw. wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Schulz-Bronberg (D.natl.), die nächste Sitzung etwa am 10. Januar stattfinden zu lassen wird abgelehnt.

Der Präsident wird ermächtigt, die Sitzung selbstständig festzusetzen. Sie wird voraussichtlich am 31. Januar stattfinden.

Nach Schluss der Sitzung erhebt sich auf den Tribünen wo u. a. zahlreiche Eisenbahnbeamte den Verhandlungen beigewohnt haben, großer Tumult, da diese erwartet hatten, daß die Beamtentvorlagen noch weiter beraten würden.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 10. Dezember 1923.

Handelskammer Calw. Von der Handelskammer Calw wird uns geschrieben: Wie wir vom Reichspostministerium erfahren, sollen die Erschließungen der Post für verloren gegangene oder geminderte Sendungen, sofern sie nach dem 1. Dezember eingeliefert sind, auf Goldmarkgrundlage erfolgen. Vor diesem Zeitpunkt aufgelieferte Sendungen werden also bedauerlicherweise nur mit dem Wert zur Zeit der Entlieferung ohne Aufwertung entschädigt. Auch die Eisenbahn hat den Grundsatz der Aufwertung bei verlorenen oder beschädigten Gütern nach Einführung der Goldtaxi angenommen. Die Verfügung vom 1. November besagt, daß zwar der Tag der Aufgabe des Güters für die Wertberechnung der Entschädigung maßgebend sein müsse, der Erlösbetrag solle der nach dem Tageskurs der Zahlungsanweisung berechnet werden. — Der vielumrissene Weihnendtag als

gebührenfreier Tag ist seit 18. November 1923 besetzt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 23. Oktober 1923 hat die Reichsregierung die Geltung der Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und Angestellter bis zum 17. November 1923 verlängert. Da also keine tariflichen oder besonderen vertraglichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern oder Arbeitnehmern hinsichtlich der Arbeitszeit bestehen, galten seit 18. November wieder die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung über die Arbeitszeit. Der „Vorwärts“ hat zwar die Behauptung aufgestellt, daß der Reichstagsbeschluss durch den Aufbruch der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 mit Gesetzeskraft eingeführt sei und daß ein anderes Gesetz noch nicht ergangen sei, daß diese Bestimmung aufhebe. Die Ansicht des „Vorwärts“ ist aber irrig. Jener Aufbruch der Volksbeauftragten hatte nur programmatische Wirkung, aber keinerlei Gesetzeskraft. Auch das Reichswirtschaftsministerium teilt diese Auffassung, daß heute nur noch die Reichsgewerbeordnung hinsichtlich der Arbeitszeit maßgebend sein kann.

„Ordnungs“ Wäckerling 1924. Rechtzeitig vor Weihnachten bietet sich der „Wäckerling 1924“ des Herbtischen Verlag in Freiburg i. Br. mit einer an Neuauflagen und Neufassungen reichen und vielseitigen Auswahl dar. Der Wäckerling steht in der W. Kieleschen Buchhandlung zur Verfügung. Erläuterungen zu den einzelnen Werken erleichtern Beurteilung und Wahl; ein gut ausgewähltes Buch ist doch immer noch die wertvollste Weihnachtsgabe. Besonders bemerkenswert ist die Erzählungsliteratur, vor allem die neue Sammlung „Der Bienenkorb“, wo sich neben schon früher bekannten Erzählungen von Böckler, Federer, Mohr, Somsou neu wertvolle Gaben von Weismantel, Herwig, Kossel und Schäfer finden; dann der „Bühmann“ von Kellner, der ideale Führer für die treffende mahnende Jugend; Herwig's großartige „Deutsche Heldensagen“, „Das alte Haus“ von Maithi, der hier das erste Märchenbuch im Sprechstil der Kinder gibt; der Berlinberger William mit „Der Käsefackel“ und „Der Herrgott auf Besuch“, die Schwabbin Schenk mit einem lieblichen Dorf Idyll „Von kleinen Leuten“ und vieles andere mehr.

Das Reichstagsgesetz scheitert. Nach einer im Reichstagsauschuss für Bildungswesen vom Staatssekretär Schulz abgegebenen Erklärung zum Reichsschulgesetzentwurf wird diese Vorlage vom Reichsfinanzminister zurückgezogen werden, wegen der finanziellen Rückwirkungen als undurchführbar erachtet. Dem Ausschuss blieb nichts übrig, als die Zweckmäßigkeit weiterer Beratungen des Gesetzentwurfs unter solchen Umständen einzusehen. Die Verhandlungen wurden also abgebrochen und werden es für diese kurze Resolutionsdauer der Legislaturperiode dieses Reichsparlamentes selbstverständlich bleiben, denn eine Mehrheit für alsbaldige Weiterberatung fehlt von vornherein. Das seit Anfang 1921 dem Reichstag vorliegende Gesetz wird also einfach unter den Tisch fallen und alle darauf verwendete Mühe vergeblich sein.

Verhältniszahl beim Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 9. bis 15. Dezember d. J. unverändert 850 000. Mit dieser Zahl sind die Grundzahlen, d. h. die Ermäßigungsbeiträge der 2. Septemberhälfte, zu vervielfachen.

Umarmung der Landw. Berufsgenossenschaften. Die Landw. Berufsgenossenschaften für den Klett, Schwarzwald- und Jagstkreis einigten sich dahin, daß für die Monate Dezember, Januar und Februar ein Umlagevorschuss von 3 Goldmark auf je 100 M. Steuerkapital in der Weise erhoben wird, daß je ein Drittel des Betrages auf 15. Dezember, 15. Januar und 15. Februar zur Zahlung fällig ist. Für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft des Donaufreies wird ein weiterer Umlagevorschuss für diesen Monat nicht mehr erhoben.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(64)

(Nachdruck verboten.)

Hans starrt finster in das harte, braune Gesicht mit dem scharfen Blick. „Da gibt's keine Wahl. Rein Vaterhaus laß ich mir mit nehmen,“ sagt er schroff.

Er dreht sich um und will die Stube verlassen, aber der Großvater hält ihn noch einmal zurück. „Wart ein bißel, Bub! Die Sach war abgetan. Aber sonst sollst mich nit unbillig finden. Ich weiß, du hast es rechtgeschaffen angepackt und dein Vater war einmal mein Espege...“

Er hat den Arm vertraulich auf des Burschen Schulter gelegt und in fast herzlichem Ton gesprochen. Aber Hans reißt sich ungestüm los. „Schamen müß ich mich in die Seele hinein, wenn ich das annehme!“ sagt er heftig. „So hart mir's zusammengeht, nit ein Kreuzer mücht ich von Euch, Großvater! Behaltet Euer Geld und unser Herrgott vergißt Euch Gure Härten!“

Der Vater läßt drohend auf. Dann starrt er dem Burschen hinweg nach, wie er mit großen Schritten den verschneiten Pfad nach dem Lidigraben einschlägt.

„Du verflücht Dichschädel,“ murmelt er halb ärgert, halb beschiedigt, „dich wird's reuen, nich nit. Jetzt sind wir einander wenigstens los und v'Seva kann mir auch nimmer kein Wortwort machen. Die Dien hab ich Ihu antrogen und 's Geld — wann'er's nit wolle hat, deso besser.“

Zwei Tage später kommt die Verbannte mit der Last aus der Stadt zurück. Beide stranden und können nicht genug erzählen, wie sein 's die Martina hat und wie sie beide von den Böhmlingen „gehret“ worden sind. Bedauerlich erzählt sie auch, daß der Vater Hofmeister

vom Stif in der Stadt war und ihnen die Ehre gegeben hat, bei Martina Kaffee zu trinken. Sie tauschen dabei einen schmunzelnden, viel sagenden Blick, der aber von Hans nicht weiter beachtet wird.

Am nächsten Tag tritt er die Reise nach Barchelma an. Die Reisbegleiterin ist jetzt seine einzige — seine letzte Hoffnung.

Aber als er am dritten Tag müde und erschöpft dem Bergbauernhof zureitet, hat er auch die so gut wie verlorenen.

Am Abend wundert sich Hans, daß die Mutter nicht wie sonst Weib und Kind aus der Kirche mitbrachte, denn morgen ist Dreißigstags, wozu Haus und Ställe „ausgeräubert“ werden sollen.

Dippel, der schon heimlich die geweihte Kreide vorgezeichnet hat, um den „Drubensuh“ gegen böse Geister an alle Lagerstätten des Hauses und das Zeichen der heiligen drei Könige an sämtliche Türen zu machen, begrreift auch nicht, warum in der Küche nichts vorgezeichnet wird für die „Dreimahnacht.“

„Immer mehr kommen die guten alten Bräuch ab,“ raunt er Seferl vor, „früher hat's dreimal zu essen geben in der Dreißigstagsnacht, nachher haben sie ein einzig's Festmahl draus gemacht und jetzt scheint's gar, als wolle sie das auch vergessen! Aus der Weiß ist's, wie liberaltisch und unchristlich v'Leut neuzeit sind!“

Seferl gibt ihm heimlich recht. Da reunt sie alle Fingerring in die Kirchen, die Bäurin, und nachher denkt sie nit einmal, daß in der Heiligendreißigstagsnacht 's Vieh geweihtes Salz und geweihten Knoblauch bekommen muß, wenn's jahrüber gedeihen soll! Ein richtiges Glück, daß Seferl selber daran dachte!

Hans ist in die Küche getreten, wo Mutter und Tante am Herd hantieren. „Was ist denn mit'n Mädelchen heut?“ fragt er, im stillen verwundert, daß nur die gewöhnliche Sternpfanne neben dem Topf mit laurer Rühlsuppe am Herd steht.

Die Bäurin überhört die Fraue scheinbar. „Seht!“

ruft sie plötzlich, „kein bißel Holz haben wir mehr dal! Der Dippel denkt auch nit auf was, hab's Ihu doch aufgetragen voreh... geh, Hans, sei doch so gut und spring in die Holzleg um ein' Arm voll!“

Gutmütig geht Hans in die Holzlege. Als er wieder kommt, ist die Küche leer. In der Stube drin wird eben das Tischgebet gemurmelt, und die Tante raunt dem Eintretenden zu: „Der Mutter ist nit recht extra heut, sie hat sich niedergelegt. Bald du gegessen hast, sollst zu ihr kommen, sie will dir was sagen.“

Bestimmt und schweigsam wird das Abendbrot gegessen. Die Leute wissen nicht, was das bedeuten soll!

Hans aber tritt in die Kammer, wo die Bäurin im Bett liegt und ihn rätslich an ihr Lager kommen heißt. „Bub,“ sagt die Bäurin unsicher, „jetzt daß auf, was ich dir sagen werd, und sei geheit. Ein unvorhofftes Glück haben wir — die Silbherren kaufen unsen Hof und geben bare 150 000 Mark dafür. Weihnachten, wie wir in der Stadt waren, haben wir's ausgebet mit'm Vater Hofmeister und gestern ist im Stif Sitzung darüber gewesen. Der Herr Prälat und der Konvent ist einverstanden, die Diebel und die Martina haben auch schon zugestimmt und übermorgen kommt der Advokat, der alles schriftlich machen muß. Ich und die Mahm behalten ein Stübel da im Haus und 's Stif ist verpflichtet, uns Holz, Milch und Butier zu geben, so viel wir brauchen auf Lebenszeit. Warm haben sie uns gebettet, selb muß ich sagen! Wir können von die Renten leben, da herausen wie Städtliche. Zahlt mer die Schulden aus, so bleibt mir genug. Auf dich kommen auch ein paar Tausender. Kannst dir was pächten damit oder gar ein eigen Gängel kaufen, wenn... aber mußt nit so wild breinschauen, Hans! Sehn, wistst deiner Mutter doch das Glück vergnügen...? Sei g'scheit, Bub! Andern kannst wir mehr dran... und weiß, weil wir gleich übergeben müssen, hab ich auch 's Mädelchen sein lassen. Was brauch ich mich noch um ein' Segen zu bekümmern für fremden Leuten Iru Sach?“

Fortsetzung folgt.

Die Landw. Winterschulen Württembergs. In Württemberg wurden 31 Landw. Winterschulen eröffnet, die allgemein gut besucht sind. Die gesamte Schülerzahl beträgt im laufenden Winter 1768, gegenüber 1588 im vorigen Winterhalbjahr.

Die Beamtenbezüge ab 1. Dezember. Als weitere Abschlagszahlung auf die ab 1. Dezember einzuführende neue Beamtenbezüge ist den Beamten usw. das 25-millionenfache der Grundbezüge zu zahlen. Die Zahlung soll frühestens am Montag, 10. Dez., geleistet werden. An sämtliche Besoldungsempfänger sind 30 Prozent dieser Zahlung in Papiermark zu zahlen; die restlichen 70 Prozent werden den Kassenstellen wie bisher durch die Staatshauptkasse in Rentenmark mit größter Beschleunigung nachgeliefert werden.

Stammheim, 7. Dez. (Abschied.) Postmeister Wurm, der in den Ruhestand tritt, scheidet mit seiner Familie von hier nach Lötzingen über. Mit herzlichem Abschied lassen wir die Familie von hier scheidet, die während der letzten 20 Jahre Freud und Leid mit der Gemeinde geteilt hat.

Freudenstadt, 8. Dez. (Diebstahl.) Durchreisende junge Leute hatten in Rippoldsan einen leerstehenden Wirtshaus besetzt. Dabei haben sie sich verschiedene Wertsachen angeeignet, welche sie abzurufen suchten. Einer der Täter konnte nach telefonischer Anordnung in Rippoldsan festgenommen werden. — In einem Neubau der Eisenbahnwerkstätte wurden einem Arbeiter verschiedene Kleidungsstücke entwendet. Der Täter wurde ermittelt. — Aus dem Ausgangsplatz 11, hier, wurde ein Fahrrad gestohlen.

Retzwill, 9. Dez. (Vorläufige Wahlergebnisse.) Nach dem bis heute Abend 8 Uhr vorliegenden vorläufigen Ergebnis hat die heutige Stadtschultheissenwahl für die beiden Wahlkreise, Städtel- und Ritterschramberg und Rechtsamt Ditzel-Retzwill, Stimmgleichheit ergeben.

Stuttgart, 9. Dez. (Sinkende Feuerungs- zahlen.) Die auf 6. Dezember errechnete Feuerungs- zahl ist gegenüber der vom 3. Dezember um 10,6 Prozent zurückgegangen.

Verlängerte Mindestverkaufzeit. Die Kleinhändlergeschäfte für Gegenstände des täglichen Bedarfs müssen nun mindestens vormittags von 10-12 $\frac{1}{2}$ Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr offen halten, Lebensmittelgeschäfte bis 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Beamtenabbau und Schule. Der Gesamtverband des Württ. Lehrervereins hat zur Frage des Beamtenabbaus und ihrer Rückwirkung auf die Schule mit folgender Entschließung Stellung genommen: „Der Gesamtverband des Württ. Lehrervereins hält es für seine Pflicht, unser Volk auf das große Übel unserer heutigen Jugend hinzuweisen. Die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse, die Zustände unseres öffentlichen Lebens gefährden die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des heranwachsenden Geschlechts und damit die Volksgesundheit auf das Schwerste. Ist es nicht möglich, durch das öffentliche Erziehungswesen geistige und sittliche Kräfte zu pflegen und zu entwickeln, die der Forderung entgegenwirken, so ist ein Wiederanstieg unseres Volkes trotz aller Sparmaßnahmen in hohem Grade ersichert. Wir wenden uns an die Eltern und fordern sie auf, sich dafür einzusetzen, daß durch den Beamtenabbau nicht das höchste, wertvollste Gut, das uns noch geblieben ist, die deutsche Jugend, an Leib und Seele leidet.“

Das verschärfte Maschinengewehr. Der kommunistische Gemeinderat Raß hatte sich vor der Strafkammer wegen Anstiftung zur Beledigung zu verantworten. Er hatte seinen Reisen und seine Rechte, die bei der Bergläuferin wohnen, zum Waffenerwerb und Gewinnung eines Maschinengewehrs angeklagt und diese hatten den Waffenerwerb der Raß gewonnen. Nachdem dieser 30 Dollars erhielt, lieferte er tatsächlich das Maschinengewehr, aber vor der Abholung wurde die Sache rufbar. Das Gericht verurteilte Raß zu 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenverlust, Reisen und Rechte zu 6 bzw. 2 Wochen Gefängnis.

Heilbronn, 9. Dez. (Todesfall.) In einem Schulzimmer der Rosenauerschule stürzte der vordere Teil der Decke unter lautem Krachen ab. Da das Schulzimmer im Augenblick leer war, wurde niemand verletzt.

Lötzingen, 9. Dez. (Tödlicher Sturz.) Das dreijährige Söhnchen des Ratsdieners Treß stürzte im Lustgarten des Rathauses in einen unbewachten Augenblick in die Tiefe, erlitt einen Schädelbruch und starb.

Schwanningen, 9. Dez. (Ein Opfer der Unruhen.) Die achtjährige Gertrud Kipp, der anlässlich der hiesigen Unruhen beide Oberknie durchschossen wurden, ist ihren Verletzungen erlegen.

Altm., 9. Dez. (Hindernisse bei der Auswanderung.) Vor einigen Tagen meldeten wir, daß fünf Herren und drei Frauen aus Göppingen auf einem selbstgeleiteten Motorboot eine Donaureise antraten, um auszuwandern. Als das Boot die Donaubrücke bei Würzburg passierte, stieß es auf einen Brückensperker, wobei das Steuer brach. Bei einem zweiten Anprall wurde das Boot led., so daß sich das Innere mit Wasser füllte. Hundert Meter Stromabwärts nach der Brücke blieb das Boot auf dem Grund liegen. Es soll nun wieder flott gemacht werden.

Heidenheim, 9. Dez. (Neue Fabrik.) Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung die Ueberlassung eines Baugrundstücks in Größe eines Wirtshaus Morgens zur Errichtung einer Trockenmehlfabrik durch die Allgemeine Superphosphat A.-G. in Berlin beschlossen.

Heidenheim, 9. Dez. (Unfall.) Als der verheiratete, 24 Jahre alte Brauereiarbeiter Hermann Huber im Keller der Brauerei Reich mit dem Besen eines Lagerfasses beschäftigt war und dabei eine Leiter bestieg, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den Hinterkopf, daß er eine schwere Verletzung erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er nach wenigen Stunden starb.

Freiburg, 9. Dez. (Zur Morbidität in Saig.) Die in London angeblich erfolgte Verhaftung des Doppelmörders Hundertpfund entspricht nicht den Tatsachen. Der Freiburger Staatsanwalt ist von einer solchen Verhaftung nichts bekannt. Die Nachforschungen über die Klucht des Mörders haben bisher ergeben, daß er um den 20. November herum in Würzburg a. Rh. (Pfalz) übernachtete, von da bezog er sich nach dem Grenzdorf Berg im Bezirk Germersheim, das sein Aufenthalt in der Nacht auf 22. Nov. war. In einer dortigen Wirtschaft verkaufte er an einen ortsanfälligen Händler die bei dem Köpferischen Ehepaar geraubten Wert- und Schmucksachen. Ingeheim erhielt er einen Kaufpreis von 120 französische Franken. Hundertpfund äußerte den Wunsch, nach Straßburg zu kommen. Die elässliche Grenze soll er ohne Paß überschritten haben. Da der Verdacht der Wittwenschaft sich nicht bestätigte, wird die Rosa Kirchner voraussichtlich aus der Haft entlassen werden.

Sörrach, 9. Dez. (Aufnahme des Bahnverkehrs über Sörrach.) Der Eisenbahnverkehr Rarlshaus-Freiburg, der durch die französische Besetzung von Offenburg unterbrochen ist, soll wieder aufgenommen werden. Es sollen täglich nur vier Schnellzüge verkehren, die Franzosen haben jedoch zugestanden, keine Kontrolle des Personenverkehrs in Offenburg vorzunehmen. Ob schon in den nächsten Tagen der Verkehr wieder aufgenommen wird, hängt noch von den weiteren Verhandlungen ab.

Wie verhält man sich nach Feststellung eines Einbruchs?

Anlässlich der ständig zunehmenden Zahl der Einbrüche macht man von polizeilicher Seite darauf aufmerksam, daß die Tatorte bis zum Eintreffen der Kriminalpolizei unter allen Umständen unberührt und un- verändert gelassen werden müssen. Jeder Tatort trägt für den geübten Kriminalbeamten eine ganze Reihe von Hinweisen nach dem Täter. Fast ausnahmslos hinterläßt jeder Einbrecher Spuren, die für den Laien nicht erkennbar sind, dem Kriminalisten aber häufig Aufschluß sowohl über Art des Einbruchs, als auch über die Person des Täters selbst geben, sobald der Beamte mit Hilfe dieser Tatortspuren nicht selten den Täter ermitteln und die Diebstehle herbeischaffen kann. Hier ist es ein erst mit den der Polizei zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln schnellbarer Fingerschuld, da wiederum die Art der Öffnung der Schlösser und an einer anderen Stelle wieder die Fußspur und der Eindrud an der Hausmauer, die der Einbrecher erlittet. Alle diese wichtigen Merkmale werden häufig zerstört durch den gestohlenen, der gewöhnlich in der ersten begeisterten Aufregung alle Räume, die von dem Einbruch betroffen oder von dem Einbrecher betreten sind, durchsucht oder der auf eigene Faust versucht, Spuren zu übermitteln. Daß dadurch eine erfolgreiche Arbeit der Kriminalpolizei auf das Unmöglichste gestört und erschwert wird, ja in den meisten Fällen unmöglich gemacht wird, liegt auf der Hand. Das sollte jeder denken, der in die unangenehme Lage kommt, die Hilfe des Einbruchskommissariats in Anspruch zu nehmen. Vieles, in manchen Fällen sogar alles, hängt von den Spuren ab, die die Kriminalpolizei am Tatort findet. Deshalb kann das Publikum nicht ein- dringlich genug aufgefordert werden, jeden Tatort bis zum Eintreffen der Kriminalpolizei unberührt zu lassen, und die Zimmer und Räume, Vorgärten usw. abzuschließen und sie vor allem von seinem Betreten zu lassen, bis die Kriminalpolizei eingetroffen ist und ihre Ermittlungen angeestellt hat. Nur so kann der Geschädigte mit dazu beitragen, daß die Tat geklärt wird.

Buntes Allerlei.

Die umfangreichste Zeitungsnummer. Die „New York Times“ gab kürzlich die umfangreichste Nummer heraus, welche bis dahin durch die Rotationsmaschine gedruckt ist. Die Nummer gliedert sich in 12 Abteilungen, die 192 Seiten großes amerikanischen Zeitungsformat umfassen. Sie erschien in einer Auflage von 565 000 Exemplaren, die insgesamt 875 Tonnen wiegen. 561 Spalten sind Meldungen, Berichten und Auffagen gewidmet, während der Rest von 262 Spalten auf Anzeigen entfällt.

Und eine Entschädigung. Aus Braunschweig wird den „Leipziger N. N.“ geschrieben: Das kleine Land Braunschweig hat es in den letzten fünf Jahren zu einer traurigen Bekanntheit gebracht. Würde da im Kriege einer Anzahl Landwirten vor den Toren der Hauptstadt Land zu einem Flugplatz entzogen. Die Entschädigungsverhandlungen zogen sich über sechs Jahre hin. Vor einigen Tagen lud man schließlich die Beteiligten vor das zuständige Amtsgericht. Hier wurde die Zwangsauslösung vorgenommen und als Entschädigung — sage und schreibe — die Summe von zweitausend Papiermark für je einen Morgen ausgezahlt. Einem der Betroffenen sind 30 Morgen, über die Hälfte seiner Besitzung, fortgenommen. Daraus kann man sich ein Bild machen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Aufstand in Mexiko. In Mexiko ist wieder einmal eine Aufstandsbewegung ausgebrochen, die sich gegen Präsident General Obregon richtet. Sie hat bereits neun Staaten ergriffen. Die Spitze der Truppen hat sich gegen Obregon erklärt. Nach einer bis jetzt noch nicht bestätigten Meldung sollen die Bundestruppen bereits die Truppen der aufständischen Staaten ent- waffnet und den Aufbruch unterdrückt haben. **Verringerung der amerikanischen Staatsschulden.** Der Jahresbericht des Schatzsekretärs teilt mit, daß die amerikanischen Staatsschulden im vergangenen Jahr um 613 674 Dollar vermindert werden konnten. Der Schatzsekretär schlägt vor, daß die Steuern um den Gesamtbetrag in Höhe von 300 Dollar verringert werden und die Zure auf die großen Einnahmen um 50 Prozent fortzufallen.

ein Bild von den vergerichteten Folgen dieses Vor- gehens zeigen. Einanderndwert ist es, wie man die zahlreichen kleinen Papierfelle zusammengefasst hat, um der Verfallung nachzukommen.

Das größte Kabel der Welt. Zwischen New York und Paris ist das größte Kabel der Welt in Dienst gestellt worden. Das Kabel misst 4300 Meilen. Mit den Arbeiten war letzten August begonnen worden. Der Prä- sident der amerikanischen Kommerzial Kabel Company, die den Bau des Kabels bewerkstelligte, richtete an den Präsidenten der französischen Republik ein Gläu- bungstelegramm.

Die höchsten gelegenen Städte der Erde finden sich im tropischen Amerika auf den Hochplateaus der Anden und in Mexiko. Den Höhenrekord hält dort Quam- bac in Bolivia mit 4102 Metern; nicht viel niedri- ger liegen die bolivianischen Städte Potosi mit 4000 und Oruro mit 3743 Metern. Eine Ausnahme bildet das 14 000 Einwohner zählende Cerro de Pasco, das mit einer Höhe von 4302 Metern den Gipfel der Jung- frau noch um 135 Meter übersteigt. Nicht nur in Bolivia und Peru, sondern in allen jenseitigen Chile und den Vereinigten Staaten gelegenen Ländern haben sich die Menschen im Hochgebirge angesiedelt, um der drückenden Hitze der Küstengone zu entfliehen und um die reichen Mineralvorkommen der Berge auszubehnten. So erhebt sich Luito, die 80 000 Einwohner zählende Hauptstadt von Ecuador, 2850 Meter über den Meer- espiegel, Santa Fe de Bogota, die 100 000 Einwohner zählende Hauptstadt von Columbia, 2645 Meter und Mexiko mit seinen 400 000 Einwohnern, 2300 Meter. In Asien ist nur Thassa, die Hauptstadt von Tibet und das Zentrum des Buddhismus zu nennen, das 2560 Meter über dem Meerespiegel liegt. Dagegen kann Afrika mit Amerika konkurrieren, insbesondere Abyssinien, das annähernd auf dem Breitengrad Co- lombias liegt. Für Europa kommen nur Dörfer in Frage, unter denen das Pfardorf Jus im Aversg (Graubünden) mit 2113 Metern an erster Stelle ste- hen dürfte.

Handel und Verkehr.

Kntl. Berliner Devisenurse vom Samstag, 8. Dez. (Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5.
Mittellkurs 1000,0.

Amsterdam	1596 G., 1604 Br.
Brüssel	193,515 G., 194,485 Br.
Christiania	626,48 G., 629,57 Br.
Kopenhagen	746,13 G., 748,87 Br.
Stockholm	1101,24 G., 1106,76 Br.
Schweiz	730,17 G., 733,88 Br.
Italien	181,545 G., 182,455 Br.
Paris	219,45 G., 220,55 Br.
Spanien	546,63 G., 549,37 Br.
London	18 254,25 G., 18 345,75 Br.
D.-Oesterreich	0,059 850 G., 0,060 150 Br.
Prag	123,69 G., 124,31 Br.
Buenos Aires	1316,7 G., 1323,3 Br.

Wirtschaftszahlen vom Samstag:

Wertbeständiges Geld:
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 " = 1050 " " "
0,42 " = 420 " " "
0,21 " = 210 " " "

Wertbeständiges Stabtegel:
1,00 Goldmark = 1000 Milliarden Papiermark
0,50 " = 500 " " "
0,20 " = 200 " " "

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle (S. 12.) 1 B.M. Goldankaufspreis 1 Kilo = 640 Dollar.
Silberankaufspreis vom 3. Dez. ab 400 Ra.-fach.
Lebenshaltungsindez (3. Dez.) 1515 Ra.-fach.
Stuttgarter Indez (3. Dez.) 1350,9 Ra.-fach.
Großhandelsindez (4. Dez.) 1337,4 Ra.-fach.
Einfuhrwarenindez (4. Dez.) 1620 Ra.-fach.
Inlandswarenindez (4. Dez.) 1280,6 Ra.-fach.
Industriestoffe (4. Dez.) 1561 Ra.-fach.

Das Ende der Buchhändlerkassenschließung. Die Um- stellung der gesamten Wirtschaft auf Goldrechnung und die Einführung neuer Zahlungsmittel macht für den Buchhandel die Fortführung einer besonderen Schließ- zahlberechnung zum Ausgleich der Geldentwertung entbehrlich.

Erhöhung des Hefepreises. Der Deutsche Hefenver- band, Sitz Berlin, hat den Grundpreis für das Pfd. Hefe auf 90 Goldpfennig erhöht. Und dagegen ge- schieht nichts?

Kntl. Berliner Produktennotierungen vom 8. Dez.:
Weizen, märk. 180-181, ruhig; Roggen, märk. 160 bis 160,5, pomn. 158-159, ruhig; Sommergerste, märk. 164-166, ruhig; Haber, märk. 144-148, all. in Goldmark oder Rentenmark. Weizenmehl 28 bis 32; Roggenmehl 26-30; Weizenkleie 7-7,2; Roggen- kleie 6,5-7; Raps 320; Vittoriaerbsen 48-53; II. Speiseerbsen 32-36; Bohnen 17-19; Gerabelln 1920 20-23; Kapskuchen 13; Trockenknittel 7,8 bis 7,75; vollk. Ruderknittel 19; Karioffelknollen 13,6 bis 19,75, in Goldmark oder Rentenmark.

Winnenden, 8. Dez. Dem Fruchtmarkt waren 118 Str. Weizen, 166 Str. Haber, 8 Str. Gerste und 3,5 Str. Roggen zugeführt. Preis pro Zentner in Goldmark: Weizen 13-18, Haber 7-9,5, Gerste 12 bis 15, Roggen 13.

Württ. Schweinemärkte. Gaildorf: Zufuhr 28 Milchschweine. Preis pro Stück 9-15 G.M. — Ober- sontheim: Zufuhr 327 Milchschweine. Alles ver- kauft zum Preis von 16-40 G.M. pro Paar. — Sim- nenden: Zufuhr 7 Läufer- und 148 Milchschweine. Preis 30 bzw. 15-20 G.M. je Stück. — Ereglän- gen: Zufuhr 59 Milchschweine. Paarpreis 20-30 G.M. — Blaßfelden: Zufuhr 175 Milchschweine. Paarpreis 20-26 G.M. — Schömberg: Zufuhr

52 Milchschweine. Paarpreis 11-28 G.M. — In Schramberg wurde für das Paar 30-42 G.M. bezahlt.

Stuttgarter Marktpreise vom 8. Dez. Waren auf allen Märkten in Kälte, das ist der Erfolg des Preisabbaues. Dieser selbst hat sich in geringem Maße fortgesetzt. Es kosteten, in Goldpfennigen: Edeläpfel 20 bis 22, Tafeläpfel 15-20, Spalterbirnen 25-30, Tafelbirnen 15-25, Rüsse 100, Schilke 40-45, Dörrenschweigen 50-60, Tomaten 15-20. Gemüse: Kraut 1.5-1.8, Rotkraut 8-10, Kohl 5-8, Grünkohl 8 bis 12, gelbe Rüben 4-8, rote Rüben 7-11, Zwiebeln 15-20, Spinat 20-25, Bodenstoktraben 1-3, Schwarzwurzeln 40-50 das Pfund, Rettiche 3-8, Rosenkohl 10-28, Endivienalat 4-15, Sellerie 8-18 das Stück. Fett: Butter 270-280, Schweineschmalz 120, Margarine 90, Schmelzmargarine 95, Kokosfett 90, Palmöl 95-100, Speisefett 100, geräucherter Speck 250, Fettgänse 120-140. Käse: Emmentaler 220, Schwizer 200, Fässler 160-200, Münster 180, Rahm 120-150, Wadstein 100. Kartoffeln 5-6, Erbfein 40-50, Bohnen 40-50, Linsen 40-60, Kunsthonig 80-90, Wehl 30, Grieß 40, Maisgrieß 30, Feigwaren 40-50, Haberfioden 40, Reis 40-45 je das Pfd. Eier: Kalkeler 20, Fleckler 15-18, italienische Eier 25, frische Eier 25.

Für die Hausfrau.

Seulen aus Rohrgeflecht zu entfernen. Um das Geflecht wieder straff zu bekommen, bereite man sich eine Flüssigkeit von Wasser und Soda. Man löst das Wasser kochend heiß werden und kühlt darauf das Rohrgeflecht gründlich ab. Es ist jedoch darauf zu achten, daß die Holzrahmen der Stühle nicht zu naß gemacht werden, da sie leicht Fäden bekommen. Es erfolgt darauf ein gründliches Abspülen mit heißem Wasser und Trocknen in starker Zugluft. Der Stuhl ist beim Trocknen verkehrt aufzustellen, wodurch das schlaff gewordene Geflecht in entgegengesetzter Lage gebracht wird und sich wieder glatt zusammenziehen kann. Die Stühle müssen erst gründlich ausgetrocknet sein, ehe sie wieder in Gebrauch genommen werden.

Wie man Wäsche schonen kann. Die heute so kostbare Wäsche zu schonen, ist dringend notwendig. Eine Reihe kleiner heberzigenswerter Fingerzeige dazu finden wir in der „Deutschen Romanzeitung“. Ehe die Wäsche zur Reinigung gegeben wird, sehe man sie durch und bessere sie aus, sonst wird sie beim Waschen noch mehr beschädigt. Man trage die Wäsche nicht zu lange, weil scharfe Waschmittel die Gewebe schädigen. Beim Auswringen gehe man vorsichtig zu Werke; nur kräftige Gewebe gebe man durch die Ringmaschine. Beim Ab- und Aufklammern ist ebenfalls Vorsicht nötig. Beim Legen werden sehr getrocknete Mäntel angezeichnet, über-

haupt lasse man die Wäsche nicht zu hart trocknen, bevor man sie rollt. Beim Wälzen wird kein übermäßig heißes Eisen benutzt und jedes schadhafte Stück zur sofortigen Verbesserung beiseite gelegt. Wegen Stoffknappheit wird man das Stopfen dem Fäulen vorziehen. Grobe Gewebe lassen sich im kleinen runden Ständer leicht stopfen, indem man die Längsfäden lose, die Quersfäden dichter einzieht. Feinere Stoffe stopft man auf einem Kissen, das links nach oben. Risse in Battist verklebt man mit hellem Stoppflaster, wie man ja auch solche in Seide mit schwarzem Stoppflaster schließt.

Letzte Nachrichten.

Der Übergang zur reinen Goldmarkkalkulation.

WTB. Berlin, 8. Dez. Heute fand im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung über die Goldmarkkalkulation statt, an der unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Heß teilnahmen: der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Handelverband, der Industrie- und Handelstag, der Reichsverband des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, der Weba-Verband, der Reichsverband deutscher Konsumvereine und der Zentralverband deutscher Konsumvereine. Einstimmig wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Besammlung ist der Ansicht, daß unverzüglich in allen Stufen der Erzeugung und Warenverteilung zur reinen Goldmarkkalkulation unter Befreiung aller Akkuzatgebühren oder Geldentwertungsgefahren überzugehen ist. Die im Umlauf befindlichen werbefähigen Zahlungsmittel sind angesichts der gegenwärtig bestehenden Ueberschuldung der Bevölkerung der Reichsbank und Auslands als vollwertig anzusehen. Als werbefähige Zahlungsmittel gelten Rentenmark, Goldanleihe, Dollarchanweisungen und die vorchriftsmäßig durch Goldanleihe gedeckten Notzahlungsmittel, soweit und solange die Reichsbank deren Einlösung vornimmt.

Zurücknahme von Besetzungsbefehlen und Aufhebung von Strafartikeln im besetzten Gebiet.

WTB. Paris, 8. Dez. Nach einer Awaabmeldung aus Düsseldorf sind bis gestern im ganzen 192 Aufweisungsbefehle zurückgenommen worden. 105 davon betreffen Privatpersonen, 87 Gewerke, Post-, Zoll- u. Verwaltungsbeamte. Desgleichen sind 62 Strafartikeln aufgehoben worden. 35 betreffen Industrielle, 6 Arbeiter oder Angestellte, 2 Beamte. Gestern ist die Aufhebung von 40 weiteren Strafartikeln unterzeichnet worden, von denen 8 Industrielle und 2 Beamte betreffen.

Rückgängigmachung versch. anderer Maßnahmen.

WTB. Paris, 9. Dez. Nach einer Awaabmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, die Anzahl von einschneidenden Maßnahmen rückgängig zu machen,

die sanktionswerte in der Zeit des schlimmsten Weissenlandes getroffen worden sind. Vor allem sollen zurückgezogen werden die Verordnung über die Einschränkung des Straßenverkehrs, sowie die über gewisse Einschneidungen des Laß-, autoverkehres und die betreffend die Verpflichtung der Gemeininden zur Ueberwachung des Eisenbahnübergänge zu ebener Erde. Die neuen Bestimmungen gingen in Hand in Hand mit denen der militärischen Besetzungsstellen im Rheingebiet.

Ein Feuergefecht mit Gladbachern.

WTB. Berlin, 8. Dez. Zu einem Feuergefecht zwischen Beamten der Schutzpolizei und Einbrechern kam es in der Nacht zum Samstag auf dem Rieteb. Klopffeld im Berliner Norden. Zwei Beamten überbrachten zwei insgesamt neun Köpfe stark sogenannte Waddingkolonnen beim Einbruch in ein Konfektions- und Schuhwarengeschäft. Die ertappten Verbrecher warfen sich zu Boden und erschafften ein Schnellfeuer auf die Schutzpolizisten, die schwerverletzt wurden. Später gelang es, zwei Verbrecher zu verhaften.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei über das Verhältnis zu Frankreich.

WTB. Paris, 9. Dez. Macdonald, der Führer der engl. Arbeiterpartei, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin“, er könne nicht verschweigen, daß augenblicklich das englische Volk Frankreich gegenüber nicht günstig gestimmt sei. Gewisse Neben Poincarés hätten den schlechtesten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Es gebe kein Volk auf der Welt, mit dem man befreundet bleiben könne, wenn man mit ihm nicht einig sei. Nach Ansicht der englischen Arbeiterpartei sei das Unternehen Frankreichs vollkommen unannehmbar. Wenn Frankreich die Entente anstreben wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Streik der Iker. Postangehörigen.

WTB. Wien, 9. Dez. Das erweiterte Aktionskomitee der Bundesangehörigen beschloß in einer heute Nachmittag abgehaltenen Konferenz, von morgen, Montag früh 6 Uhr ab, im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen Oesterreichs, sowie im Zollveramt Wien in den Streik zu treten. Ausgenommen von dem Streik sind humanitäre Einrichtungen.

Der Kuffand in Reg. Is.

WTB. London, 9. Dez. Reuters meldet aus Arg'lo: Präsident Obregon hat den General Plutarco Galt, der im Hinblick auf die Revolution von seiner Kandidatur auf den Präsidentschaftsposten zurückgetreten war, an die Spitze der Bundesarmee gestellt. 28 000 Mann Bundesarmee marschieren auf Veracruz. Obregon veröffentlichte ein Manifest, worin er den Kuffand als eine Verschönerung gegen das Volk bezeichnet.

Trod und Verlag der W. Nieker'schen Buchhandlung Altona. Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Reut.

Altensteig, den 10. Dez. 1923.

Todes-Anzeige.



Meine liebe, treubeforgte Mutter, unsere gute, unermüdbliche Großmutter und Urgroßmutter

Frau Marta Braun geb. Schwab
Holzhändlers-Witwe

ist am Sonntag Vormittag nach kurzer Krankheit im Alter von 80^{1/2} Jahren sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

der Sohn:

Martin Braun, Holzhandlung.

Beer'digung: Mittwoch 1/2 Uhr.

Altensteig.

Schmiedkohlen

treffen Ende dieser Woche ein. Bestellungen nehmen hierauf entgegen

Veeh & Ziegler
Lilsen Nr. 9.

Photographie-Rahmen

empfiehlt die

W. Nieker'sche Buchhandlung in Altensteig.

Linsen

sowie

Kokosfett

in Tafeln

neu eingetroffen



Altensteig.

Eichenen

Auszugstisch mit 4 Sessel

1 Küchentisch

mit Einleimung und Pöcker,

sowie ein

Garbenstuhl

verkauft gegen Lebensmittel oder verkauft

Wilhelm Welker
Paninstraße 48.

Roßdorf.

Eine gut gehaltene

Chaise

verkauft, würde auch etwas Brennholz eintauschen.

Josef Barold,

Gediegene Bücher

auf den Weihnachtstisch

empfiehlt

in reicher Auswahl

die

W. Nieker'sche Buchhandlung

Altensteig.

Taschenfahrpläne

sind zu haben in der

W. Nieker'schen Buchhandlung
Altensteig.

Zugelaufen

ist mir ein schwarzer Dachshund mit gelben Abzeichen. Der Eigentümer kann diesen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abholen bei

Karl Morhardt
Spielberg.

